

KURZ NOTIERT

von Gabriele Fürstenberg

Die Autorin ist Islamwissenschaftlerin mit besonderem Interesse für den südostasiatischen Raum.

Sultanat Kelantan ermutigt muslimische Männer zur Polygamie

»Wir wollen dazu anspornen, dass mehr muslimische Kinder geboren werden«, sagte Mumtaz Md Naww, die Vorsitzende des State Family Development, Welfare and the People's Well-being Committee des malaysischen Sultanats Kelantan Anfang Februar 2017 vor ReporterInnen. »Die Regierung Kelantans will diejenigen Männer unterstützen, die viele Kinder haben wollen und dafür eine zweite, dritte oder vierte Ehefrau heiraten möchten. Wir werden sie mit umfas-

sender Information und Beratung versorgen, damit die Kinder aus diesen Ehen sich zu guten Muslimen entwickeln können.« Man wolle zudem verhindern, so das offizielle Statement, dass heiratswillige Malaysier weiterhin nach Südthailand zögen, um sich dort mit der Zweit-, Dritt- oder Viertfrau zu vermählen, um Probleme bei Eigentumsverteilungen oder der rechtlichen Stellung gegenüber den anderen Ehefrauen zu vermeiden. Offiziell sind Mehrfacheheschließungen in Thailand

per Gesetz nicht gestattet, in Form einer religiösen Eheschließung aber sowohl in den muslimischen Provinzen im Süden als auch in den übrigen Teilen des vorwiegend buddhistischen Landes nicht unüblich. Vor sechs Jahren hatte das Thema Polygamie schon einmal für Aufregung gesorgt, als die extrem konservative islamische PAS-Regierung Kelantans einen finanziellen Anreiz für Mehrfachehen auslobte (PAS = Parti Islam Se-Malaysia).

The Straits Times, 3.2.2017

Die nächste Runde im Verfahren gegen Karikaturisten Zunar

Im Rahmen der neun Anklageverfahren gegen Malaysias international bekannten Karikaturisten Zunar sollte Anfang Februar 2017 über dessen Einspruch gegen ein Ausreiseverbot verhandelt werden. Das Einreiseverbot war wegen seiner justiz- und regierungskritischen Cartoons und Twitter-Nachrichten im Oktober 2016 von der malaysischen Regierung gegen ihn verhängt worden. Nun musste jedoch die zuständige Richterin Hanifah Farikullah

ihren Vorsitz wegen Befangenheit abgeben, die Anhörung wurde vertagt. Dem kritischen Zunar, mit bürgerlichem Namen Zulkiflee Anwar Ulhaque, wird »Aufwiegelung« vorgeworfen, er wird deshalb nach dem Sedition Act angeklagt. Dieses Gesetz – 1948 noch unter britischer Kolonialherrschaft erlassen – stellt in Malaysia Äußerungen unter Strafe, die als Gefahr für das harmonische Zusammenleben der verschiedenen Ethnien und Religionen eingestuft wer-

den. Sein Strafmaß wurde 2014 auf mindestens drei und maximal 20 Jahre erhöht. Der Sedition Act wird in Malaysia massiv zur Unterdrückung oppositioneller Stimmen missbraucht, denn nicht nur Zunar kritisiert, dass das Land ein Polizeistaat sei und Presse, Justiz, Sicherheits- und Antikorruptionsbehörde nicht unabhängig arbeiteten.

malaymail online 8.2.2017

NZZ 23.12.2017

taz 23.1.2017

Najib Razak trotz 1MDB-Skandal politisch in Bestform.

Im Januar 2017 wurde in Singapur der erste Ausländer, ein Schweizer Banker, wegen betrügerischer Machenschaften im Rahmen der Affäre um den malaysischen Staatsfonds 1MDB verurteilt. In dem spektakulären Betrugsfall haben zwischen 2009 und 2015 dubiose AnlageberaterInnen, BankerInnen und PolitikerInnen den Fonds systematisch ausgeplündert und daraus für vermutlich fünf Milliarden US-Dollar weltweit Immobilien, Kunstwerke und Juwelen gekauft. Einer der Hauptnutznießer dieser raffiniert auf-

gezogenen Geldwäsche soll der amtierende malaysische Ministerpräsident Najib Razak sowie sein privates und wirtschaftliches Umfeld gewesen sein. Er hat wiederholt alle Vorwürfe zurückgewiesen und im Laufe der Zeit seinen Stellvertreter, den Generalstaatsanwalt sowie vier Minister entlassen, weil sie kritische Fragen stellten.

Obwohl noch im November 2016 Massenproteste gegen Najib stattfanden, die seinen Rücktritt forderten, scheint sich seine Stellung zu konsolidie-

ren. »Er hat sich in meisterhafter Weise als gläubiger Muslim positioniert und die Opposition erfolgreich untergraben ... Er ist aktuell in Bestform«, schrieb The Economist kürzlich. Und so stand denn auch Najib an der Spitze der Kundgebung, bei der im Dezember 2016 zehntausend Menschen gegen die Regierung in Myanmar demonstrierten, weil sie die muslimische Minderheit der Rohingya diskriminiere.

NZZ, 11.1.2017

Deutsche Welle 4.12.2016

The Economist 5.1.2017